

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND - PFALZ – VVR –

ROVG Hartmut Müller-Rentschler
Vorsitzender der VVR
Deinhardpassage 1
56068 Koblenz
Telefon: 0261/1307 10363
Telefax: 0261/1307 18010
Internet: www.vvr-rp.de

10. Mai 2011

Vereinigung der Verwaltungsrichter Rh-Pf * 56068 Koblenz

Herrn Oberbürgermeister der
Stadt Koblenz
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
– persönlich –
Rathaus-Gebäude I
Gymnasialstraße 1 – 3
56068 Koblenz

Herrn Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Mainz
Jens Beutel
– persönlich –
Rathaus
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz

Herrn Oberbürgermeister der
Stadt Neustadt an der Weinstraße
Georg Löffler
– persönlich –
Rathaus
Marktplatz 1
67433 Neustadt an der Weinstraße

Herrn Oberbürgermeister der
Stadt Trier
Klaus Jensen
– persönlich –
Rathaus der Stadt Trier
Am Augustinenhof
54290 Trier

**Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Einsparungen im Bereich der Justiz**

Sehr geehrte Herren Oberbürgermeister,

unter den Angehörigen der rheinland-pfälzischen Justiz herrscht große Unruhe wegen der im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung vereinbarten Pläne zur Schließung von Justizstandorten. Davon ist auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit betroffen: Ausweislich des Koalitionsvertrages (S. 84) ist beabsichtigt, die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der ersten Instanz "auf drei Standorte zu konzentrieren". M. a. W.: Es soll offenbar einer der derzeit vier Standorte erstinstanzlicher Verwaltungsgerichte in Koblenz, Mainz, Trier oder Neustadt an der Weinstraße geschlossen werden! Dieses erstmals im Zuge der Koalitionsverhandlungen über die Medien angekündigte Vorhaben hat uns völlig überrascht, zumal in der Vergangenheit – gerade auch in Gesprächen unseres Verbandes mit Politikern unterschiedlicher Couleur – bis in die jüngste Zeit stets betont worden ist, es sei nicht daran gedacht, Standorte von Verwaltungsgerichten in Frage zu stellen. Natürlich hätten wir erwartet, dass die rheinland-pfälzische Verwaltungsrichterschaft frühzeitig informiert und in die Diskussion eingebunden würde, wenn derart weitreichende strukturelle Änderungen im Bereich unserer Gerichtsbarkeit erwogen werden. Dies ist aber unverständlicherweise unterblieben.

In der Sache ist der Standpunkt der Vereinigung der Verwaltungsrichter Rheinland-Pfalz – VVR – allerdings völlig eindeutig: Wir lehnen eine Auflösung eines ganzen Gerichtsstandorts strikt ab. Ein solches Vorhaben ist mit dem Grundsatz einer bürgernahen Justiz unvereinbar. In einem Flächenstaat wie Rheinland-Pfalz ist die bestehende, regional ausgewogene Verteilung der vier Verwaltungsgerichtsstandorte zur Wahrung eines bürgernahen Verwaltungsrechtsschutzes unverzichtbar. Anreisewege zu erstinstanzlichen Verhandlungsterminen von teilweise über 100 km – wie sie bei Auflösung eines Verwaltungsgerichtsstandorts vielfach unvermeidbar wären – sind weder den rechtsschutzsuchenden Bürgern und ihren anwaltlichen Vertretern noch den Vertretern der Verwaltungskörperschaften im Hinblick auf die Mehrkosten und den zusätzlichen Zeitaufwand zumutbar. Wir können auch nicht erkennen, dass diesen Nachteilen vergleichbar gewichtige Einsparpotentiale gegenüber stünden. Im Gegenteil: Nennenswerte Einsparmöglichkeiten sind aus unserer Sicht nicht gegeben. Das Ansinnen, einen Verwaltungsgerichtsstandort zu schließen, steht nach unserer Auffassung vielmehr in klarem Widerspruch zu den Wahlkampfversprechen sowohl der SPD als auch von Bündnis 90/Die Grünen, sich für eine leistungsstarke und bürgernahe Justiz einsetzen zu wollen.

Die Verwaltungsrichterinnen und -richter, aber auch die Beamtinnen und Beamten und weiteren Justizbeschäftigten an den vier Verwaltungsgerichten sind naturgemäß sehr beunruhigt über das Ansinnen, einen Verwaltungsgerichtsstandort schließen zu wollen, und machen sich große Sorgen um ihre berufliche Zukunft – zumal derzeit nicht erkennbar ist, welchen Standort es treffen wird und in welchem Zeitrahmen mit welchen Konsequenzen (vollständige Schließung oder Aufrechterhaltung als Außenstelle eines anderen Verwaltungsgerichts) die Pläne umgesetzt werden sollen. Wir wollen uns aber nicht kampflös geschlagen geben und bitten Sie daher herzlich um Ihre Unterstützung:

Bitte setzen Sie sich mit allen Ihren Möglichkeiten und Kontakten als Oberbürgermeister der betroffenen vier Städte für die Erhaltung Ihres Verwaltungsgerichtsstandortes und damit zugleich für die Erhaltung aller vier Verwaltungsgerichtsstandorte ein!

Nach unserer Überzeugung stellt die rheinland-pfälzische Verwaltungsgerichtsbarkeit einen wichtigen Standortfaktor in unserem Bundesland dar: Sie hat sich bundesweit einen hervorragenden Ruf und eine Vorbildfunktion aufgrund ihrer kurzen Laufzeiten bei gleichzeitig hoher Qualität ihrer Entscheidungen erworben. Daran haben alle vier erstinstanzlichen Verwaltungsgerichte einen hohen Anteil. Die hohe Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungsgerichte darf nicht leichtfertig durch unausgegorene, sachlich nicht näher begründete Standortschließungspläne aufs Spiel gesetzt werden, denen keine nennenswerten Einsparungen gegenüberstehen.

Wir, die rheinland-pfälzischen Verwaltungsrichterinnen und -richter, wären Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie sich in diesem Sinne für uns verwenden und gegen die Pläne zur Schließung eines erstinstanzlichen Verwaltungsgerichts aussprechen würden!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hartmut Müller-Rentschler